

Dokumentation



„Miteinander in NRW“

Im Rahmen der Reihe „Miteinander in NRW“ reist die Friedrich-Ebert-Stiftung seit Anfang 2016 quer durch das Bundesland. Thema: Die Integration von Geflüchteten.



Von Bonn bis Bielefeld und von Düsseldorf bis Dortmund werden unterschiedlichste Aspekte der Integration von Geflüchteten diskutiert – wie der Zugang zum Arbeitsmarkt, an den Hochschulen, Integration durch Sport oder im Stadtteil.

So heißt es dann: „Miteinander arbeiten in Dortmund“, „Miteinander studieren in Köln“ oder „Miteinander bewegen in Iserlohn“.

Geflüchtete werden aktiv in die Veranstaltungen und Gespräche einbezogen. Dazu diskutieren Akteure aus Politik, Verwaltungen, Unternehmen, Verbänden und Zivilgesellschaft. Insgesamt etwa 2.000 Gäste nahmen an den bisher 14 Veranstaltungen quer durch das Bundesland teil.

Eine Dokumentation dieser Veranstaltungen finden Sie auf den folgenden Seiten.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen das Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Inhalt



2		Vorwort
3		Inhalt
4-5	18.01.2016	Miteinander arbeiten in Dortmund – und in NRW
6-7	05.04.2016	Miteinander in Europa – und in NRW
8-9	23.05.2016	Miteinander leben in Essen – und in NRW
10-11	02.06.2016	Miteinander studieren in Köln – und in NRW
12-13		Interview mit Minister Michael Groschek: Miteinander wohnen im Quartier
14-15	13.06.2016	Miteinander bewegen in Iserlohn – und in NRW
16-17	27.06.2016	Miteinander glauben in Düsseldorf – und in NRW
18-19	07.09.2016	Miteinander sicher leben in Duisburg – und in NRW
20-21	15.09.2016	Miteinander leben in Paderborn – und in NRW
22-23	20.09.2016	Miteinander gerecht leben in Leverkusen – und in NRW
24-25	16.11.2016	Miteinander wirtschaften in Essen – und in NRW
26-27	21.11.2016	Miteinander in NRW – Zwischenbilanz
28-29	18.01.2017	Miteinander sicher leben in Essen-West – und in NRW
30-31	07.02.2017	Miteinander arbeiten in Plettenberg – und in NRW
32-33	10.02.2017	Miteinander Perspektiven schaffen in Bielefeld – und in NRW
35		Impressum

18.01.2016

Miteinander arbeiten in Dortmund – und in NRW

Arbeit ist einer der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration und gesellschaftliche Teilhabe.

Wie aber können Geflüchtete möglichst schnell Zugang zum Arbeitsmarkt finden? Darüber diskutierte der nordrhein-westfälische Arbeits- und Integrationsminister Rainer Schmelzer mit Vertreter_innen aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

Eine wichtige Rolle nehmen die über 50 **Kommunalen Integrationszentren** ein: Sie koordinieren unterschiedlichste lokale Angebote wie Sprachkurse oder Patenschaften. Ihre Ressourcen wurden 2016 aufgestockt. Die Arbeitsagenturen haben **Integration Points** eingerichtet: Zuwander_innen bekommen hier Informationen zu Arbeitsmarkt und Ausbildung in Deutschland und Hilfe bei der Suche nach Praktika, Ausbildungsstellen oder Arbeitsplätzen. Mit dem „**Early Intervention NRW+“-Programm** richtet sich NRW direkt an Menschen mit guter Bleibeperspektive: Sie erhalten einen 300-stündigen Basissprachkurs und eine enge Begleitung bei ihren ersten Schritten in den Arbeitsmarkt. Und auch vor Ort bewegt sich viel, dank des Engagements von Zivilgesellschaft und Wirtschaft: Berthold Schröder, Präsident der **Handwerkskammer Dortmund**, berichtet etwa von einem Pilotprojekt, das Menschen mit guter Bleibeperspektive fördert. Das Projekt soll nun ausgeweitet werden.

Ahmad Al Jawad, selbst Geflüchteter, erzählte aus eigener Erfahrung, wie wichtig das Erlernen der deutschen **Sprache** ist, um einen Ausbildungsplatz zu erhalten – ebenso wie eine ganz direkte persönliche Unterstützung bei Behördengängen oder Bewerbungen und zuletzt die (An-)Erkennung der **Qualifikationen**, die Geflüchtete bereits mitbringen.

Als **Stolperstein** für eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt wurde neben der Sprachbarriere der unsichere Aufenthaltsstatus vieler Geflüchteter ausgemacht.

Denn für Arbeitgeber_innen ist ein fehlender Aufenthaltsbescheid ein entscheidendes Hindernis, um einem Geflüchteten eine Chance zu geben – und damit in ihn oder sie zu investieren. Nadja Lüders fordert deswegen ein neues **Einwanderungsgesetz**, mit dem der Zugang zum Arbeitsmarkt für Zuwander_innen erleichtert wird.

Weitere Lösungsansätze, die die Teilnehmer_innen vorschlugen: Schnellere **Asylverfahren** und ein gesicherter Aufenthalt für den Zeitraum der Ausbildung. Letzteres ist durch die in NRW geltende 3+2-Regelung mittlerweile realisiert: Auszubildende erhalten für die drei Jahre der Ausbildung und zwei darauf folgende Jahre im Betrieb eine Aufenthaltsgenehmigung: Für Geflüchtete und Unternehmen ein echtes Plus, das die Arbeitsmarktintegration erleichtert.

Thema	Miteinander arbeiten
Datum	18.01.2016
Ort	Westfälischer Industrieklub Dortmund
Expert_innen	> Rainer Schmelzer / Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen > Nadja Lüders MdL > Veit Hohfeld / Stadtteil-Schule Dortmund > Astrid Neese / Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Dortmund > Berthold Schröder / Präsident der Handwerkskammer Dortmund > Birgit Zoerner / Dezernentin für Arbeit, Gesundheit und Soziales der Stadt Dortmund > Ahmad al Jawad, Amir Media, Firiz Nigmatov / junge Geflüchtete in Projekten der Stadtteil-Schule Dortmund



Miteinander arbeiten in **NRW** /Dortmund



»Arbeitgeber_innen sind Flüchtlingen gegenüber sehr offen eingestellt. Viele haben das Angebot an Ausbildungs- und Praktikumsplätzen **signifikant gesteigert.**«

Rainer Schmeltzer

Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW



05.04.2016

Miteinander in Europa – und in NRW

Die Zuwanderung und Integration Geflüchteter stellt Europa vor große Herausforderungen. Mehr denn je sind gemeinsame Lösungen erforderlich.

Wie diese gefunden werden können, war Gegenstand der Diskussion mit Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW und Vertreter_innen aus Politik, EU-Einrichtungen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft nach Wegen zu einem Mehr an Miteinander in Europa und in NRW.

Die Geschichte der Europäischen Union ist ein Erfolgsmodell: **Schengener Abkommen**, Freizügigkeit von EU-Bürger_innen und freier **Austausch von Waren und Dienstleistungen** sind nur einige der Errungenschaften der EU, die die Teilnehmenden der Veranstaltung herausstellten. Fortschritte, die erreicht werden konnten, weil die Nationalstaaten gemeinsame Interessen erkannt und nationale Egoismen zurückgestellt haben. Genau dieses Besinnen auf den Geist Europas tritt jedoch zunehmend in den Hintergrund: Einige EU-Staaten weigern sich, **Geflüchtete aufzunehmen** und Staaten an den EU-Außengrenzen wie Griechenland fühlen sich von der Gemeinschaft im Stich gelassen.

Gerade deswegen forderten die Teilnehmenden EU-weite **Standards und Quoten** bei der Aufnahme und Integration. Einseitige Aktionen auch im Bereich der Flüchtlingspolitik schaden der Gemeinschaft. Die Europäische Kommission besitze bei dieser Aufgabe die Möglichkeit, die Rolle eines „Maklers zwischen den Institutionen“ zu übernehmen so Elisabeth Kotthaus von der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland.

Fernab der großen Politik setzt sich eine ganze Reihe von Projekten für Solidarität in Europa und die Integration von Zuwander_innen ein.

Die **Jungen Europäischen Förderalisten** kämpfen mit ihrem Hashtag #Don'tTouchMySchengen und weiteren Aktionen für

den Erhalt offener Grenzen – und gegen nationale Egoismen. In NRW engagiert sich ein von Mitteln des **Asyl-, Migration- und Integrationsfonds** der EU gefördertes Projekt dafür, junge Drittstaatler_innen zu qualifizieren und ihnen den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern: **Work for You**, ein Schwerpunkt des Jugendhilfeträgers RheinFlanke in Köln.

Vielleicht sind es gerade diese Projekte an der Basis und von den Europäer_innen vor Ort, die ganz praktisch zeigen, wie ein Miteinander in Europa gelingen kann.

Thema	Miteinander in Europa
Datum	05.04.2016
Ort	Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn
Expert_innen	> Franz-Josef Lersch-Mense / Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW > Bernhard „Felix“ von Grünberg / Landtagsabgeordneter und stv. Vorsitzender der UNO-Flüchtlingshilfe > Renate Hendricks / Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der Stiftung Entwicklung und Frieden > Sebastian Koerber / Geschäftsführer der „RheinFlanke“ > Elisabeth Kotthaus / stellv. Leiterin Politische Abteilung, Vertretung der EU-Kommission in Deutschland > Prof. Dr. Ulrich von Alemann / Senior Fellow Forschungsinitiative NRW in Europa > Nicole Katsioulis / Leiterin des Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Griechenland > Markus Thürmann / Vorsitzender der Jungen Europäischen Förderalisten NRW



Miteinander
in **NRW**
EUROPA



»Das Erfolgsrezept der EU ist das **gegenseitige Verständnis**. Man muss einen Teil seiner Souveränität teilen, um diese dauerhaft zu behalten.«

Franz-Josef Lersch-Mense

Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien
des Landes NRW



23.05.2016

Miteinander leben in Essen – und in NRW

Nirgendwo entscheidet sich die Integration von Geflüchteten mehr als vor Ort, in den Städten und Stadtteilen.

Wie dies gelingen kann war Thema am 23. Mai 2016, als sich Thomas Kutschaty, Justizminister des Landes NRW, Geflüchtete und Vertreter_innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft austauschten.

Geflohen vor **Krieg und Terror** in Syrien und dem Nordirak leben Louai Alhanon und Nawaf Alaslman nun in Essen, als zwei von rund 7.000 Geflüchteten. „Essen ist eine schöne Stadt und hat freundliche Menschen. Ich hoffe, meine Familie hierher nachholen zu können“, sagte Alhanon.

Nawaf Alaslman berichtete von seinem Leben im Nordirak: „Noch bis vor zwei Jahren haben wir – Muslime, Christen und Jesiden – in Frieden und Sicherheit gewohnt. Am 3. August 2014 hat sich mit dem Einmarsch des **Islamischen Staats** alles geändert. Ich bin dankbar, dass ich nun hier sein kann.“

Im Folgenden diskutierten die Anwesenden über **gute Startbedingungen** als wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration Geflüchteter. Politische Aufgabe ist es etwa, geeignete Unterbringungen zu finden, bei denen auch das soziale Gefüge vor Ort im Blick behalten wird. Minister Kutschaty forderte deutlich: „Niemand darf dabei überfordert werden. Es gilt, nicht die günstigste **Unterbringung** zu wählen, sondern auch die sozialen Gefüge vor Ort im Blick zu behalten.“

Sprachkurse und eine **Orientierung** über das Zusammenleben in Deutschland sind weitere Schritte, die die Teilnehmer_innen der Veranstaltung als entscheidend für eine erfolgreiche Integration ausmachten.

Ebenso wichtig ist ein schneller Zugang zum Arbeitsmarkt. Klaus Peters, Leiter der Arbeitsagentur Essen, sieht **gute Chancen** für Zuwander_innen in Essen: „Doch es ist nicht der erste Schritt, einen Job anzubieten.“

Nach der Sprache steht eine berufliche Orientierung an. Fertigkeiten müssen geprüft, Zeugnisse beschafft werden.“

Anfangen müsse alles bei den Kindern, so Harald Filip, Flüchtlingskoordinator der Stadt Essen: „Kinder lernen untereinander schnell. Von ihrem Austausch über Sprache und Kulturen profitieren langfristig alle.“

Thema	Miteinander leben in Essen
Datum	23.05.2016
Ort	Zeche Carl
Expert_innen	> Thomas Kutschaty / Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen und Essener Landtagsabgeordneter > Klaus Peters / Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Essen > Marion Greve / Superintendentin des Evangelischen Kirchenkreises Essen > Harald Filip / Flüchtlingskoordinator der Stadt Essen > Dagmar Barkhofen / Sprecherin des Runden Tisches Hülsenbruchstraße > Louai Alhanon und Nawaf Alaslman / Geflüchtete aus Syrien und Irak in Essen



Miteinander
leben
 in **NRW**
 /Essen

»Ob auf politischer oder ehren-
 amtlicher Ebene, gilt: Nicht nur reden,
einfach mal machen.«

Thomas Kutschatj
 Justizminister des Landes NRW



02.06.2016

Miteinander studieren in Köln – und in NRW

Viele der Geflüchteten, die in den vergangenen Jahren nach NRW gekommen sind, sind noch jung – und zahlreiche von ihnen wollen an ihre Studiererfahrungen aus ihrem Herkunftsland anknüpfen oder ihr Studium in Deutschland beginnen.

Das ist nicht immer leicht. Wie es dennoch gelingen kann – darüber diskutierte Svenja Schulze, Landesministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung am 02.06.2016 in Köln mit der Landtagsabgeordneten Gabriele Hammelrath, Hochschulvertreter_innen und Studierenden.

Gerade studentische Initiativen sind in NRW schon sehr aktiv, um Geflüchtete auf dem Weg zum Studienplatz und im Studium zu unterstützen. Eine dieser Initiativen ist die **Refugee Law Clinic Cologne**, ein Zusammenschluss von Kölner Jurastudent_innen. Die Studierenden haben Sprechstunden in Asylbewerberwohnheimen eingerichtet, in denen sie Geflüchtete bei rechtlichen Fragen beraten.

Aber auch die Universitäten selbst sind engagiert: Sie unterstützen Studieninteressierte mit Informationen über das Hochschulsystem, notwendige **Vorabqualifikationen** und haben **Sprachkurse** eingerichtet. Denn eine Voraussetzung für das Studium sind Deutschkenntnisse auf Universitätsniveau.

Viele Geflüchtete bringen die formalen Bedingungen für ein Studium mit – darauf machte Ministerin Schulze aufmerksam –, Sprach- und **Fachkenntnisse** fehlten aber häufig. Genau hier müssen Unterstützungsmaßnahmen ansetzen.

Nicht nur die deutsche Sprache ist eine Barriere für Geflüchtete, die studieren möchten. Weitere Hindernisse, auf die die Teilnehmer_innen der Veranstaltung hinwiesen, sind **bezahlbarer studentischer Wohnraum** und der **Mangel an Studienplätzen** für internationale Studierende. Um bei echten Notfällen schnell helfen zu können, hat die Universität zu Köln einen Flüchtlingsfonds ins Leben gerufen, der mittlerweile mit 90.000 Euro ausgestattet ist. Vor dem Beginn eines Studiums steht aber die **Klärung des Aufenthaltsstatus** – und gerade

für junge Menschen bedeuten die langen Wartezeiten vergeudete Lebenszeit. Neben einer schnelleren Bearbeitung der Asylanträge forderten die Teilnehmenden eine **gesicherte Bleibeperspektive** für diejenigen, die ihr Studium in Deutschland abschließen können.

Thema	Miteinander studieren
Datum	02.06.2016
Ort	Universität zu Köln
Expert_innen	> Svenja Schulze MdL / Wissenschaftsministerin des Landes Nordrhein-Westfalen > Daniel Diedrichsen und Corinna Ujkasevic / Refugee Law Clinic Cologne > Prof.'in Dr. Manuela Günter / Prorektorin für Gleichstellung und Diversität der Universität zu Köln > Gabriele Hammelrath MdL / stellv. wissenschaftspolit. Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion > Katharina Letzelter / Vorsitzende des AStAs der Universität zu Köln > Dr. Susanne Preuschoff / Abteilungsleiterin Internationale Studierende der Universität zu Köln > Dr. Imme Scholz / stellv. Direktorin des Instituts für Entwicklungspolitik



Miteinander
studieren
 in **NRW**
 /Köln



»Ich kann nicht bestätigen, dass die meisten Geflüchteten ohne Zeugnisse und Papiere gekommen sind. Von den 500 Studieninteressierten, die bei uns vorstellig wurden, **hatten alle die Dokumente dabei.**«

Dr. Susanne Preuschoff

International Office der Universität zu Köln





Interview mit
Minister Michael Groschek:

Miteinander wohnen im Quartier

Als 2015 und 2016 besonders viele Geflüchtete nach Deutschland und NRW kamen, standen zuerst einmal kurzfristige Aufgaben an – das betraf vor allem die Unterbringung und Versorgung. Gerade für den längeren Aufenthalt und die Integration vor Ort stellt sich aber die Frage, wie Geflüchtete dauerhaft angemessen wohnen können. Was kann die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hier tun und hat sie schon getan?

Michael Groschek: In der Tat ging es zunächst einmal darum, die Menschen anständig unterzubringen – und das sehr schnell und in großer Zahl. Wir haben daher schon 2015 in Zusammenarbeit mit der NRW.Bank ein Förderprogramm entwickelt, auf das die Städte und Kreise für die Bereitstellung von Unterkünften zugreifen können. Die Unterstützung ist dabei sehr breit angelegt. Finanziert werden sowohl Investitionen in den Erwerb und den Neubau als auch in die Modernisierung oder die Ausstattung von Unterkünften. Damit ermöglichen wir den Kommunen, auf ihren jeweiligen Bedarf vor Ort flexibel

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Das Interview wurde im März 2017 geführt.

zu reagieren. Im Rahmen dieses Programms hat die Landesregierung bis Ende 2016 die Einrichtung von insgesamt 39.000 Plätzen mit über 360 Millionen gefördert.

Wir hatten aber auch schon früh im Blick, dass die Geflüchteten möglichst schnell in normale Wohnungen kommen sollen. Die eigene Wohnung ist die beste Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und damit auch für die Integration vor Ort. Gerade in unseren Großstädten mit ihrem oft sehr knappen Wohnungsangebot ist das eine enorme Herausforderung. Wir haben daher im Rahmen der Sozialen Wohnraumförderung ein besonders attraktives Förderangebot, um Wohnraum für Geflüchtete zu schaffen oder herzurichten. Bis Ende 2016 wurden so mehr als 2.500 Wohneinheiten speziell für Geflüchtete gefördert.

Wie kann verhindert werden, dass es auf angespannten Wohnungsmärkten wie zum Beispiel in den Großstädten durch den Zuzug von Geflüchteten zu einer verschärften Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt kommt, die letztlich auch zur Stimmungsmache auf dem Rücken der Geflüchteten führen kann? Was muss über die aktuelle Situation im Hinblick auf Geflüchtete allgemein und für alle für eine gute Wohnungsversorgung in NRW getan werden?

Michael Groschek: In vielen Großstädten des Landes, insbesondere entlang des Rheins und in den Universitätsstädten, fehlt bezahlbarer Wohnraum und die Mieten steigen. Diese Entwicklung hat eingesetzt, lange bevor die Zahl der Geflüchteten gestiegen ist. Wir haben es dabei mit grundsätzlichen Trends zu tun: Immer weniger Menschen leben gemeinsam in einer Wohnung zusammen, sie beanspruchen immer mehr Wohnfläche und sie ziehen häufig vom Land in die Ballungsräume. Dort kann das Angebot nicht mit der hohen Nachfrage mithalten.

Wer auf preiswerte Mieten angewiesen ist, bekommt das besonders schmerzhaft zu spüren. Wir haben daher alles unternommen, um den öffentlich geförderten Wohnungsbau im Land wiederzubeleben – mit neuen Förderbedingungen, die Investitionen in Sozialwohnungen attraktiv machen und mit der Aufstockung des jährlichen Fördervolumens von

800 Millionen auf 1,1 Milliarden Euro. Der Lohn dafür: 2016 konnten so viele preiswerte Wohnungen gefördert werden wie seit vielen Jahren nicht mehr. Davon profitieren alle! Damit sich die Lage auf den Wohnungsmärkten nachhaltig entspannt, muss diese Spitzenleistung auf mittlere Sicht Jahr für Jahr beibehalten werden.

Integration gelingt ja vor allem vor Ort und im Quartier. Wie kann die Politik das Miteinander in den Nachbarschaften und Stadtteilen zwischen den Geflüchteten und denen, die schon länger hier leben, fördern?

Michael Groschek: Der wichtigste Grundsatz unserer Wohnungspolitik heißt: keine Ghettos schaffen. Aus den Hochhaussiedlungen, die in den 60er und 70er Jahren am Stadtrand entstanden sind, haben wir die Lektion mitgenommen, dass lebenswerte Wohnviertel eine gut durchmischte Bewohnerschaft brauchen: Jung und Alt, Arm und Reich, Familien und Alleinstehende, Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte. Wer Integration will, muss dafür sorgen, dass die Schubladen im Kopf möglichst geschlossen bleiben. Gefördertes Wohnen hat heute immer noch ein Imageproblem. Dabei lassen sich Sozialwohnungen längst nicht mehr von anderen Wohnungen unterscheiden – nicht von der Lage, nicht von außen und nicht von innen. Dafür sorgen unsere hohen Qualitätsstandards. Für die Bewohner heißt das: Man kann an der Wohnungstür nicht den Kontostand ablesen.

Außerdem braucht Integration auch Raum, sprich: Orte der Begegnung. Wir haben daher ein sehr unbürokratisches Sonderprogramm über 72 Millionen Euro aufgelegt, um solche Orte in den Stadtteilen zu schaffen oder auf Vordermann zu bringen: Bürgerzentren, interkulturelle Häuser, Begegnungsstätten. Fast 150 Projekte in 100 Städten und Gemeinden in NRW können wir so unterstützen. Diese Maßnahmen kommen letztlich allen Bürgern zugute!

Und es gibt darunter einige besondere Projekte, bei denen nicht nur Ehrenamtliche und Fachleute aktiv werden, sondern Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Flüchtlingen selbst anpacken, um Gebäude für eine öffentliche Nutzung umzubauen: Besser kann Integration kaum gelebt werden.

13.06.2016

Miteinander bewegen in Iserlohn – und in NRW

Unterschiedliche Kulturen, Herkunft oder Hautfarbe sind im Sport vielfach weniger von Belang; Sprachkenntnisse sind kaum notwendig, um sich auf dem Spielfeld zu verstehen.

Fair play wird spielerisch vermittelt und sportliche Aktivitäten schaffen Strukturen und Netzwerke: Der Sport ist ein wahrer Integrationsmotor. Anlass genug für Dagmar Freitag, Vorsitzende des Sportausschusses des Deutschen Bundestags sowie Engagierte vor Ort und weitere Bürger_innen am 13. Juni 2016 in der Sportstadt Iserlohn über Integration durch Sport zu sprechen.

In vielen Städte und Gemeinden sind Sportvereine diejenigen, die nach der Ankunft als einer der ersten mit den Geflüchteten zusammenkommen. Denn viele Sporthallen wurden notgedrungen zu **Flüchtlingsunterkünften**.

Die Erfahrung aus Iserlohn zeigt, dass eine **gute Kommunikation** zwischen Kommune, Vereinen und Bürger_innen entscheidend ist, um Unstimmigkeiten von vornherein zu vermeiden. Das berichtete Dimitrios Axourgos, Vorsitzender des Sportausschusses des Rates der Stadt Iserlohn.

Viele Vereine tun aber viel mehr, als Sporthallen zur Verfügung zu stellen: Sie öffnen und engagieren sich ganz aktiv für Geflüchtete. In Hennen etwa haben sich verschiedene Vereine zusammengetan, um **geflüchteten Kindern** Sportangebote machen zu können. Geflüchtete Frauen wurden von den Henner Sportler_innen in **Zumba-Kurse** eingeladen, die Männer zur **Gymnastik** und zum **Fußball** – mit großem Erfolg. Unterstützt wird die Basisarbeit der Vereine durch den **Sportbund**, der finanzielle Zuschüsse für Integrationsprojekte vergibt, informiert und berät.

Und auch viele Kommunen haben die Bedeutung des Sports für die Integration erkannt: Im Märkischen Kreis wurde zur Umsetzung des Handlungskonzepts **Von der Willkommenskultur zur Integration** des Landessportbunds Nordrhein-

Westfalen eine Fachkraft für Integration und Sport eingestellt.

Nicht alle werden jedoch von Sportangeboten erreicht: Die Teilnehmenden machten darauf aufmerksam, dass Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund in den Sportvereinen insgesamt unterrepräsentiert sind. Hier gilt es, an bislang bereits erprobte Konzepte anzuknüpfen und verstärkt Förderungen anzusetzen.

Thema	Miteinander bewegen
Datum	13.06.2016
Ort	Rathaus Iserlohn
Expert_innen	> Dagmar Freitag MdB / Vorsitzende des Sportausschusses des Deutschen Bundestags > Dimitrios Axourgos / Vorsitzender des Sportausschusses des Rates der Stadt Iserlohn > Dr. Christoph Niessen / Vorstandsvorsitzender des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen > Georg Schebesta / Mitglied des Vorstands des SC Hennen

»Aber jeder muss dann auch
seinen Hintern hochkriegen –
dann klappt das schon.«

(Publikumsbeitrag während der Veranstaltung)

Miteinander
bewegen
in **NRW**
/Iserlohn



27.06.2016

Miteinander glauben in Düsseldorf – und in NRW

Glaube und Religion sind für viele Menschen Teile der eigenen Identität. Der Stellenwert, den Religion im eigenen Leben einnimmt, unterscheidet sich aber sehr.

Wie diese verschiedenen Verständnisse friedlich miteinander gelebt werden können, war Gegenstand der Diskussion mit Kerstin Griese, Bundestagsabgeordnete und Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der SPD-Bundestagsfraktion, dem Landtagsabgeordneten Ibrahim Yetim und Vertreter_innen jüdischer, muslimischer und christlicher Gemeinden.

Die Kirchen haben einen beeindruckenden Beitrag zu dem zivilgesellschaftlichen Engagement geleistet, mit dem Geflüchtete in Deutschland willkommen geheißen und unterstützt wurden. Nicht nur mit **Sachspenden**, sondern auch durch über Jahre gewachsene professionelle Strukturen sind sie ein unverzichtbarer Partner in der **Flüchtlingshilfe**. Mindestens genauso wichtig ist aber ihre gesellschaftspolitische Verantwortung für einen **interreligiösen Dialog**.

In Ratingen demonstrierten nach dem Attentat auf das französische Satiremagazin Charlie Hebdo 3.000 Menschen verschiedener Religionen für ein **friedliches Miteinander der Religionen** und gegen Gewalt und Terror. Kein Zufall: Denn in Ratingen arbeiten die verschiedenen Gemeinden schon seit Jahren miteinander, feiern gemeinsame Pfarrfeste oder das Fastenbrechen, wie Matthias Leithe, Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde **Ratingen**, berichtete.

Diese interreligiösen Erfahrungen sollten schon Kinder machen, forderten die Teilnehmer_innen der Veranstaltung, denn solche positiven Begegnungen können Vorurteile abbauen. Hier setzt das Projekt **Klar im Kopf** an, zu dem sich die 33 Moscheegemeinden in Düsseldorf und die jüdische Gemeinde zusammengeschlossen haben. Das Ziel: **Islamophobie** und jeglicher Form von **Extremismus** vorbeugen.

Gerade muslimische Geflüchtete müssen oft **Vorbehalte** und **offene Ablehnung** ihrer Religion erfahren. Dabei ist religiöse Verfolgung für viele einer der Gründe für die Flucht aus ihrem Herkunftsland. Darauf machte Martin Pfafferott, Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung, aufmerksam. Hetze gegen religiöse Minderheiten ist in Deutschland verboten, fügte Kerstin Griese hinzu: „Das Grundgesetz fordert die **Freiheit des Glaubens** und das gilt für alle, die in unserem Land leben.“

Thema	Miteinander glauben
Datum	27.06.2016
Ort	Maxhaus, katholisches Stadthaus in Düsseldorf
Expert_innen	> Kerstin Griese MdB / Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der SPD-Bundestagsfraktion > Jacques Abramowicz / Gemeinderat der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf > Merve Arik / DITIB-Gemeinde Ratingen > Dr. Dalinc Dereköy / Vorstandsvorsitzender des Kreises der Düsseldorfer Muslime > Dr. Antonius Hamers / Leiter des Katholischen Büros Nordrhein-Westfalen > Matthias Leithe / Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde Ratingen > Dr. Thomas Weckelmann / Leiter des Evangelischen Büros Nordrhein-Westfalen > Ibrahim Yetim MdL / Integrationspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion



Miteinander
glauben
 in **NRW**
 /Düsseldorf

»Die Kirchengemeinden haben
 ihre Türen geöffnet und die Menschen
ihre Herzen.«

Kerstin Griesse MdB



07.09.2016

Miteinander sicher leben in Duisburg – und in NRW

„Wir alle wollen in Sicherheit leben, aber 100-prozentige Sicherheit wird es nie geben und es hat sie übrigens auch nie gegeben“, sagte Ralf Jäger, Innenminister des Landes NRW am 07. September 2016 in Duisburg.

Jäger debattierte mit der Landtagsabgeordneten Sarah Philipp und Marijo Terzic, Leiter des Kommunalen Integrationszentrums Duisburg, darüber, wie ein sicheres Miteinander in Duisburg – und in NRW – gestaltet werden kann.

Sicherheit meint dabei nicht nur die körperliche Unversehrtheit und den **Schutz** vor Kriminalität oder Terror. Sicherheit geht darüber hinaus und umfasst auch, eigene Zukunftsaussichten im Leben zu besitzen. In jedem Fall kann Sicherheit nur subjektiv sein: Für jeden Menschen fühlt es sich anders an.

Die Politik kann aber dazu beitragen, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen, etwa durch eine erhöhte **Polizeipräsenz** oder **Prävention**, so Ralf Jäger. Zur Prävention gehören neben vorbeugenden Maßnahmen der Polizei eine kluge Stadtteilentwicklungspolitik. „Wir haben im Jahr 2015 rund 200 Millionen Euro in die **Stadtteilentwicklung** investiert“, erklärte Sarah Philipp.

Stadtteilentwicklung sorgt für eine gute Infrastruktur für alle Bewohner_innen, also etwa für Kindergartenplätze oder Jugendeinrichtungen, und investiert in eine **lebenswerte Wohnumgebung**, in der das Miteinander verschiedener Bevölkerungsgruppen gestärkt wird.

Zuwanderung stellt die Stadtteilentwicklung vor zusätzliche Herausforderungen: In Duisburg etwa gibt es seit Jahren eine **starke Zuwanderung** von Angehörigen der Minderheit der Roma aus Rumänien und Bulgarien. „Beinahe 17.000 Menschen aus diesen Ländern leben bei uns. Dort, wo Vermieter die Not der Menschen ausnutzen, gibt es große Schwierigkeiten in der Nachbarschaft“, erklärte Marijo Terzic.

Ein positives Beispiel in der Region sei der **Stadtteil Bruckhausen**, der bis vor wenigen Jahren einen hohen Wohnungsleerstand aufwies: „Durch gezielte Stadtteilentwicklung ist dieses Quartier wieder beliebter geworden“, so Philipp.

Gezielte Förderungen und aktive Stadtteilpolitik verbunden mit polizeilichen Maßnahmen der Prävention und Repression seien die beste Voraussetzung für ein sicheres Miteinander – ein Ergebnis der Veranstaltung.

Thema	Miteinander sicher leben
Datum	07.09.2016
Ort	„Der Kleine Prinz“ in Duisburg
Expert_innen	> Ralf Jäger MdL / Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen > Sarah Philipp MdL / Duisburger Landtagsabgeordnete und Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung > Marijo Terzic / Leiter des Kommunalen Integrationszentrums Duisburg



Miteinander
sicher leben
 in **NRW**
 /Duisburg

»Wir dürfen **die Freiheit** nicht
 der Sicherheit opfern.«

Ralf Jäger
 Innenminister des Landes NRW



15.09.2016

Miteinander leben in Paderborn – und in NRW

Wie können sich diejenigen, die bereits in Deutschland leben und diejenigen, die neu hinzukommen, auf die Grundlagen ihres Zusammenlebens verständigen – und wie sieht das konkret in Paderborn aus?

Darüber diskutierte Thorsten Klute, Staatssekretär für Integration im Landesministerium für Arbeit, Integration und Soziales, gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Burkhard Blienert und Vertreter_innen von Verbänden, aus Wissenschaft und Verwaltung am 15. September 2016 in Paderborn.

Eine Verständigung über das Zusammenleben in einer Gesellschaft ist der Kern politischer Arbeit. Doch die Diskussion über das „Miteinander leben“ sei in sich rasch ändernden Zeiten nicht so einfach, erklärte Burkhard Blienert. Für Politiker_innen bedeute das, nicht mit augenscheinlich **einfachen Antworten** auf große, komplexe Herausforderungen zu reagieren.

Verwaltung und Verbände in NRW haben die komplexe Herausforderung, die die Integration der neu Zugewanderten mit sich bringt, angenommen. Etwa mit den **Integration Points** der Jobcenter oder dem **Jugendmigrationsdienst** der AWO. Doch diese und ähnliche Einrichtungen, das machten die Teilnehmenden der Veranstaltung deutlich, benötigen mehr Unterstützung, durch **mehr Personal**, eine **bessere Ausstattung** und **größere Räumlichkeiten**, damit sie ihrer gesellschaftlichen Aufgabe gerecht werden können.

Zuwander_innen bringen **Chancen** mit sich, auch für die Aufnahmegesellschaft. Um diese Chancen zur **Deckung des Fachkräftebedarfs**, zur Bildung einer vielfältigen, pluralen und **offenen Gesellschaft** ergreifen zu können, muss investiert werden. Hier ist auch der Bund gefragt. „Ich erlebe eine große Bereitschaft der Bundesministerien, viel zu geben und das machen sie teilweise auch schon. Aber: Die teilweise ideologiebehaftete Debatte im Bund bremst diese Vorhaben. Es gibt aktuell eher eine weitere Debattenrunde als klare Beschlüsse“, erklärte Blienert.

Auf die Vielschichtigkeit der Mammutaufgabe Integration wies Staatssekretär Klute hin. Die Landesregierung arbeite mit verschiedenen Maßnahmen daran, in den Bereichen Bildung, Arbeit und Wohnen bestmögliche Voraussetzungen für Integration zu schaffen.

Vieles sei auf den Weg gebracht, einiges aber auch noch zu tun. Integration könne sich jedenfalls nicht in kurzfristigen Maßnahmen erschöpfen, sondern müsste nachhaltig angelegt sein.

Thema	Miteinander leben in Paderborn
Datum	15.09.2016
Ort	Hotel Aspethera in Paderborn
Expert_innen	> Thorsten Klute / Staatssekretär für Integration im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen > Burkhard Blienert MdB > Rüdiger Matisz / Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Paderborn > Prof. Dr. Birgit Riegraf / Soziologin und Vizepräsidentin für Studium Lehre und Qualitätsmanagement der Universität Paderborn > Jutta Vormberg / Geschäftsführerin / Vorstand der Diakonie Paderborn-Höxter > Nico Dembowski / AWO-Jugendmigrationsdienst Paderborn



Miteinander
leben
in **NRW**
/Paderborn



»Integration ist kein Sprint, sie ist **ein Triathlon** mit den Disziplinen Bildung, Arbeit und Wohnen.«

Thorsten Klute

Staatssekretär für Integration im Landesministerium
für Arbeit, Integration und Soziales



20.09.2016

Miteinander gerecht leben in Leverkusen – und in NRW

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – Kosten und Verantwortung müssen also unter den Akteuren gerecht verteilt werden.

Welche Aufgaben Kommunen, Länder, Bund, Verbände, Ehrenamtliche und Geflüchtete bewältigen können und müssen und wie eine gerechte Verteilung dieser gelingen kann – darüber sprach Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister des Landes NRW, am 20. September 2016 in Leverkusen mit Oberbürgermeister Uwe Richrath, der Landtagsabgeordneten Eva Lux sowie Vertreter_innen aus Verbänden und der Zivilgesellschaft.

Gerechtigkeit ist keine Einbahnstraße, so Minister Walter-Borjans: „Wenn wir über Gerechtigkeit reden, kann es nicht nur darum gehen, immer mehr haben zu wollen. Es muss auch **Bereitschaft zum Geben** vorhanden sein.“ Diese Bereitschaft zum Geben haben viele Ehrenamtliche mit ihrem Engagement für Geflüchtete gezeigt. Damit dieser große **Einsatz der Zivilgesellschaft** erhalten bleibt, dürfen, so die Teilnehmer_innen der Veranstaltung, die Freiwilligen nicht mit Richtlinien und Aufgaben überfordert werden.

Der Staat darf sich auch nicht auf dem ehrenamtlichen Engagement ausruhen, sondern muss die eigene Verantwortung wahrnehmen. Denn Integration ist nicht zum **Nulltarif** zu haben. Die Unterbringung der Geflüchteten, Sprachkurse und berufliche Qualifizierungen müssen finanziert werden. Die meiste Last liegt derzeit bei den **Kommunen** – und hier sahen viele Teilnehmenden der Veranstaltung Handlungsbedarf und forderten, dass **Bund** und **Länder** einen größeren Anteil der Kosten übernehmen.

Voraussetzung sei also auch ein handlungsfähiger Staat – und damit verbunden Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit. Dabei sind die Investitionen in Geflüchtete nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Chance und werden sich **langfristig auszahlen**. Darauf wies Oberbürgermeister Richrath hin.

Und auch kurzfristig profitieren nicht nur die Geflüchteten von den Investitionen: Neue Lehrer_innen, Justizbeamt_innen und Polizist_innen müssen eingestellt und bezahlt werden. „Insgesamt ist das alles also ein **Konjunkturprogramm**, das unmittelbar auch Steuereinnahmen bringt“, erklärte Dr. Walter-Borjans.

Zur Gerechtigkeit gehört aber nach Ansicht der Teilnehmenden auch ein transparentes **Asyl- und Einwanderungsgesetz**, das konsequent angewendet wird. Lux verwies in dem Zusammenhang auf den neuen **Integrationsplan**, den der Landtag NRW beschlossen hat und in dem Wege zu einem gerecht gelebten Miteinander in Nordrhein-Westfalen aufgezeigt werden.

Thema	Miteinander gerecht leben
Datum	20.09.2016
Ort	Funkenturm, neue bahnstadt opladen Leverkusen
Expert_innen	> Dr. Norbert Walter-Borjans / Finanzminister des Landes Nordrhein- Westfalen > Uwe Richrath / Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen > Eva Lux MdL / Leverkusener Landtagsabgeordnete > Rita Schillings / Sprecherin des Leverkusener Flüchtlingsrats > Wolfgang Klein / Caritasdirektor, Caritasverband Leverkusen e.V.



Miteinander
gerecht leben
in **NRW**
 /Leverkusen

»Die teuersten Flüchtlinge sind
 die **Steuerflüchtlinge.**«

Dr. Norbert Walter-Borjans
 Finanzminister des Landes NRW



16.11.2016

Miteinander wirtschaften in Essen – und in NRW

Wie kann Integration zum Vorteil der einheimischen Wirtschaft wie der Geflüchteten gestaltet werden?

Darüber diskutierte der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Garrelt Duin in Essen mit Vertreter_innen aus Wirtschaft, Verwaltung und Gewerkschaften – sowie Geflüchteten.

Es mag Geduld, Anstrengung und Flexibilität erfordern – aber der Einstieg Geflüchteter in den Arbeitsmarkt kann gelingen. Wirtschaftswissenschaftler Ghaith Sammon, aus Aleppo nach Deutschland geflohen, absolvierte zunächst ein **Monatspraktikum** in der Personal- und Finanzbuchhaltung eines großen Energieversorgers. „Das hat mich sehr motiviert. Ab Januar arbeite ich nun fest in einer Finanzbuchhaltung“, berichtete Sammon. Das Praktikum, das Sammon den **Einstieg in den Arbeitsmarkt** in Deutschland ermöglichte, wurde durch die **Servicestelle Kausa** vermittelt.

Omar Shawky aus Damaskus hatte bereits seinen Bachelorabschluss in der Tasche und eine Ausbildung zum Bankkaufmann abgeschlossen, als er nach Deutschland kam. Nach ersten **Sprachkursen** lässt er sich nun zum Groß- und Einzelhandelskaufmann ausbilden.

Was braucht es also, damit mehr Geflüchtete das erreichen, was Ghaith Sammon und Omar Shawky schon geschafft haben? Eine **enge und individuelle Begleitung** in den Arbeitsmarkt, das Erkennen von **Talenten** und **Neigungen**.

Einen solchen Weg geht zum Beispiel die IHK, die bei ihrer Qualifizierung auf individuelles Nachschulen zur Anerkennung von formalen Abschlüssen setzt: „Der Weg in Praktika und Ausbildung ist dabei besonders wichtig“, erklärte Veronika Lühl, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der IHK zu Essen.

Auch in der Selbstständigkeit von Migrant_innen liege eine Chance, wie Armando Garcia Schmidt von der Bertelsmann-Stiftung betonte. Aber: Das dürfe nicht nur positiv

gesehen werden, so Michael Hermund, Abteilungsleiter Arbeitsmarktpolitik des DGB in NRW. Viele Gründungen entstünden auch aus der Not heraus.

Ziel müsse Gute Arbeit für alle sein – ob geflüchtet oder nicht.

Thema	Miteinander wirtschaften
Datum	16.11.2016
Ort	Ruhrturm Essen
Expert_innen	> Garrelt Duin / Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen > Armando Garcia Schmidt / Senior Project Manager Bertelsmann Stiftung > Veronika Lühl / Stellv. Hauptgeschäftsführerin der IHK zu Essen > Klaus Peters / Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Essen > Michael Hermund / Abteilungsleiter Arbeitsmarktpolitik DGB NRW > Ghaith Sammon und Omar Shawky / Geflüchtete und Teilnehmer_innen von Programmen der KAUSA Servicestelle Essen



Miteinander
wirtschaften
in **NRW**
 /Essen



»**46,5 Prozent** aller neu gegründeten Betriebe in NRW werden von Ausländer_innen geführt. In von Migrant_innen geleiteten Betrieben arbeiten derzeit 300.000 Mitarbeiter_innen.«

Garrelt Duin
 Wirtschaftsminister des Landes NRW



21.11.2016

Miteinander in NRW

„Die Willkommenskultur ist nicht tot, sondern sie lebt und sie lebt kräftig in Nordrhein-Westfalen.“

Dies sagte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zum Auftakt der Zwischenbilanz der Veranstaltungsreihe „Miteinander in NRW“ am 21. November 2016 in Düsseldorf. Die Ministerpräsidentin tauschte sich mit Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar, Gerald Asamoah, Vereinsbotschafter des FC Schalke 04, dem Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel, zahlreichen Engagierten und rund 550 interessierten Bürger_innen über drängende Fragen rund um die Integration von Geflüchteten aus.

Was in den bisherigen Veranstaltungen der Reihe „Miteinander in NRW“, zu denen das Landesbüro NRW der Frierich-Ebert-Stiftung eingeladen hat, deutlich wurde: Es sind vor allem **Initiativen der Zivilgesellschaft** und das Engagement des Einzelnen, die den Grundstein für Integration legen. Hannelore Kraft honorierte dies: „Es gibt so viel Engagement in diesem Land. Ich finde es richtig, dass wir positiv über das berichten, was gut läuft.“ Oberbürgermeister Geisel pflichtete ihr bei: „Es ist toll und bewegend zu sehen, mit welchem **Engagement** Bürger_innen helfen und wie begeistert sie im Einsatz für Geflüchtete sind.“

Ranga Yogeshwar und Gerald Asamoah gehören zu den engagierten Bürger_innen: Yogeshwar unterstützt die Unterbringung und Integration von Geflüchteten in seinem Wohnort Hennef an der Sieg. Mit einer Ausstellung, die Porträtfotos von Geflüchteten zeigt, macht er auf **individuelle Schicksale** aufmerksam. Ex-Profifußballer Asamoah setzt sich gegen Rassismus und für **Zivilcourage** ein und kann die Situation der Geflüchteten nachvollziehen: „Wäre mein Vater damals nach seiner Flucht aus Ghana nicht so gut aufgenommen worden, hätte ich nie die Möglichkeit gehabt, **Deutschland etwas zurückzugeben**. Man weiß nicht, was die Leute alles leisten

können, die jetzt nach Deutschland gekommen sind“, so Asamoah. Aber auch der Staat muss seine Hausaufgaben machen, damit Integration gelingt. Die Teilnehmenden der Veranstaltungen machten als drängende Handlungsfelder den **sozialen Wohnungsbau**, den **Spracherwerb** und den Zugang zum **Arbeitsmarkt** aus. Ahmad al Jawad, der im Jahr 2014 unbegleitet aus Syrien nach Deutschland kam, ist der Einstieg in den Beruf bereits gelungen, auch dank der Stadtteilschule Dortmund, die junge Geflüchtete auf dem Weg in eine Ausbildung begleitet. Al Jawad absolvierte zunächst eine so genannte **Einstiegsqualifizierung** für den Beruf des Elektrikers und begann im August seine Ausbildung in diesem Beruf. Inzwischen sind auch al Jawads Eltern und die Geschwister in Deutschland. „Ich hoffe, dass ich ihnen ein gutes Vorbild bin“, sagte der 19-Jährige.

Thema	Miteinander in NRW
Datum	21.11.2016
Ort	Boui Boui Bilk, Düsseldorf
Expert_innen	> Hannelore Kraft / Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen > Gerald Asamoah / Vereinsbotschafter des FC Schalke 04 > Ranga Yogeshwar / Wissenschaftsjournalist > Thomas Geisel / Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf > Veith Hohfeld / Stadtteil-Schule Dortmund > Ahmad al Jawad und Amir Media / junge Geflüchtete in Projekten der Stadtteil-Schule Dortmund > Daniel Diedrichsen und Layla Ansari / Refugee Law Clinic Cologne



»Wir sind ein starkes Land, weil wir so viele Menschen aufgenommen haben. **Vielfalt ist unsere Stärke** und dazu stehen wir ganz selbstbewusst hier in Nordrhein-Westfalen«

Hannelore Kraft

Ministerpräsidentin des Landes NRW

18.01.2017

Miteinander sicher leben in Essen-West – und in NRW

Sicherheit ist eines der dominierenden Themen in den Stadtteilen – so auch im Essener Westen.

Dorthin kam Ralf Jäger, Innenminister des Landes NRW, am 18. Januar 2017, um mit Expert_innen und Bürger_innen über ihre Ängste und Sorgen zu sprechen.

Das eigene **Sicherheitsgefühl** ist subjektiv geprägt – und es gibt kein „Richtig“ oder „Falsch“, wenn es um die eigene Wahrnehmung geht. **Politik und Polizei** müssen die Ängste und Sorgen der Menschen deshalb ernst nehmen und sich darum bemühen, das allgemeine Sicherheitsgefühl zu stärken. Das stellte Innenminister Ralf Jäger fest. Die Mittel dazu: Die **Polizeipräsenz** erhöhen und **Nähe zur Bevölkerung** aufbauen. Mehr Polizei kann aber nicht die alleinige Lösung sein – es muss auch auf **Prävention** gesetzt werden.

Der Essener Polizeipräsident Frank Richter etwa setzt sich dafür ein, dass potenziellen Straftäter_innen früh **Alternativen** aufgezeigt werden, damit kriminelle Karrieren gar nicht erst eingeschlagen werden. Denn Polizeiarbeit hat Grenzen und ist auf Unterstützung angewiesen, etwa durch die **Soziale Arbeit**.

Zur Prävention gehört es, an den Ursachen für kriminelles Handeln anzusetzen, so Minister Jäger: „Dem Gefühl der Ausgrenzung folgt Radikalisierung und Extremismus – und auf Radikalisierung und Extremismus folgt **Terrorismus**.“

Die Stadtentwicklung ist ein weiterer Partner bei der Prävention. Der Essener Stadtteil **Altendorf** etwa soll von den Rändern her neu strukturiert werden, wie Stadtdirektor Hans-Jürgen Best erläuterte. Die **Stadtplanung** soll in Kooperation und Austausch mit den Bürger_innen erfolgen. Und auch die Polizei wird eingebunden, um der Entstehung von „dunklen Ecken“ vorzubeugen, die es potenziellen Tätern einfacher machen, Straftaten zu begehen.

Und schließlich ist die beste Prävention eine **gute Bildung**, und hier gibt es Handlungsbedarf: Julia Gajewski, Schulleiterin der Gesamtschule Bockmühle im Stadtteil Altendorf, berichtete von der **Sprachbarriere** zwischen Schule und Eltern und von **sanierungsbedürftigen Schulgebäuden**. Gajewski forderte eine Stärkung der Angebote Sozialer Arbeit an der Schule, um Präventionsarbeit leisten zu können – eine Forderung, der die übrigen Teilnehmer_innen der Veranstaltung folgen konnten.

Grundlage hierfür sei ein Dialog aller Beteiligten – in Formaten wie in der Reihe „Miteinander in NRW“, bilanzierte Britta Altenkamp, Essener Landtagsabgeordnete und Moderatorin der Veranstaltung.

Thema	Miteinander sicher leben
Datum	18.01.2017
Ort	Gemeindehaus Ohmstraße, Essen-Altendorf
Expert_innen	> Ralf Jäger MdL / Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen > Britta Altenkamp MdL / Essener Landtagsabgeordnete > Hans-Jürgen Best / Stadtdirektor der Stadt Essen > Julia Gajewski / Leiterin der Gesamtschule Bockmühle-Essen > Frank Richter / Essener Polizeipräsident



Miteinander
sicher leben
 in **NRW**
 /Essen-West

»Allein im Jahr 2017 werden etwa
2.000 Polizist_innen in NRW ihre
 Ausbildung beenden und dann ihren
 regulären Dienst aufnehmen.«



07.02.2017

Miteinander arbeiten in Plettenberg – und in NRW

Integration in den Arbeitsmarkt braucht Zeit. Das ist nicht verwunderlich und deswegen sollten die Akteure weder in Aktionismus noch in Alarmismus verfallen, wenn nicht sofort jeder Geflüchtete einen Job erhält.

Das ist eine der wichtigen Erkenntnisse, die Plettenberger Bürger_innen am 07. Februar 2017 aus ihrer Diskussion mit Thorsten Klute, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, der Landtagsabgeordneten Inge Blask und Vertreter_innen aus Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft mitnahmen.

Bildung, Arbeit und Wohnen sind drei Voraussetzungen für die Teilhabe von Zuwander_innen. Deshalb kann die **Integration in den Arbeitsmarkt** nicht früh genug erfolgen. Der erste Schritt sind die **Integrationskurse** – eine echte deutsche Erfolgsstory, so Staatssekretär Klute. Die Ausweitung der Kurse auf Asylsuchende sei das richtige Signal.

Mit der frühen Teilnahme an den Integrationskursen können Geflüchtete notwendige **Deutschkenntnisse** erlangen – eine Bedingung für viele Unternehmen, um Zuwander_innen auszubilden oder einzustellen. Neben der Sprache gilt es, neu Zugewanderten das deutsche **Ausbildungssystem** zu erklären: „Dass Handwerk in Deutschland einen sprichwörtlich goldenen Boden hat, muss man erst einmal vermitteln“, sagte Klute. Und Unternehmen müssen Planungssicherheit haben, die das Land mit Maßnahmen wie **der 3+2-Regel** herstellt: Danach erhalten Geflüchtete nach einer dreijährigen Ausbildung für zwei weitere Jahre eine Bleibegarantie – bundesweit ein Vorreitermodell.

An dieser Stelle setzt auch der **Integrationsplan** Nordrhein-Westfalens an, mit dem qualifizierte Arbeit für Zuwander_innen gefördert wird. Das erläuterte Inge Blask. Zu den Zielen des Integrationsplans gehört darüber hinaus die Förderung eines **sozialen Arbeitsmarktes**, der nach dem Motto „Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit finanzieren“ Geflüchteten und Langzeitarbeitslose Perspektiven bieten soll.

Ein sozialer Arbeitsmarkt bedeutet für die Teilnehmenden der Veranstaltung auch, dass für Geflüchtete ebenso **gute Arbeitsbedingungen** gelten müssen wie für alle anderen und Arbeitslohndumping verhindert wird.

Bei allen guten und gut gemeinten Maßnahmen für Geflüchtete, so eine weitere Forderung, müssen Politik, Verwaltung und weitere Akteure darauf achten, keine **Doppelstrukturen** aufzubauen. Die Angebote müssen sich an den Bedürfnissen und Qualifikationen der Geflüchteten orientieren – denn diese wollen unterschiedliche Berufe erlernen und nicht nur die, bei denen **Fachkräftebedarf** besteht. Darin unterscheiden sie sich in nichts von der restlichen Bevölkerung.

Thema	Miteinander arbeiten
Datum	07.02.2017
Ort	Gasthof Zur Post, Plettenberg
Expert_innen	> Thorsten Klute / Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen > Inge Blask MdL / Landtagsabgeordnete im Märkischen Kreis II > Fabian Ferber / Jugendsekretär der IG Metall im Märkischen Kreis > Gerhard Kopplin / Geschäftsführer operativ der Arbeitsagentur Iserlohn > Thomas Haensel / Leiter Berufliche Bildung der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer

»Der Wert der Arbeit **darf nicht
sinken** – für niemanden.«

Fabian Ferber

Jugendsekretär der IG Metall im Märkischen Kreis

Miteinander
arbeiten
in **NRW**
/Plettenberg



10.02.2017

Miteinander Perspektiven schaffen in Bielefeld – und in NRW

Unterbringung, Essen, Kleidung, medizinische Versorgung – das ist die Soforthilfe, die Geflüchtete nach ihrer Ankunft in Deutschland brauchen.

Und dann? Dann geht es darum, Perspektiven zu schaffen, wie es in der neuen Umgebung weitergehen soll, wie hier eine neue, sichere Zukunft aussehen kann. Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, diskutierte am 10. Februar 2017 in Bielefeld gemeinsam mit Geflüchteten, Ex-Fußballprofi Ansgar Brinkmann und Dietlind Budde, Künstlerische Leiterin des AlarmTheaters darüber, was getan werden muss, um Geflüchteten Perspektiven zu bieten.

Eine Forderung der Teilnehmenden war es, eine möglichst große Klarheit für Geflüchtete zu schaffen. Dies könne am ehesten durch ein Einwanderungsgesetz erreicht werden, das Regeln und Rahmenbedingungen für Aufnahme und Integration setze.

Aber nicht nur der Staat legt die Grundlagen für eine gelingende Integration. Dem Ehrenamt kommt für ein erfolgreiches Miteinander eine enorme Bedeutung zu. **Sport** und **Kultur** verbindet, hier können Geflüchtete Erfolge erleben und wichtige Kontakte und Freundschaften knüpfen. „Sport ist wichtig für die Integration, weil er Strukturen gibt, **Werte** und ganz einfach auch **Erfolgserlebnisse** vermittelt“, sagte Christina Kampmann.

Auf der **Theaterbühne** kann auf der Flucht Erlebtes sichtbar gemacht werden, und das zeigten junge Geflüchtete aus dem Ensemble des **AlarmTheaters** eindrucksvoll. Leshker Berho, Mohamad Al Delli und Mohamad Osman brachten unter großem Applaus des Publikums Rap-, Tanzeinlagen und Vorträge dar, die ihre Fluchtgeschichte und ihr Ankommen in Deutschland anschaulich darstellten.

Warum sich die jungen Syrer im Theater engagieren? Weil dies ein **sicherer** und **freier Raum** ist, in dem sie ihre Emotionen ausdrücken können. Theaterleiterin Dietlind Budde wies außerdem darauf hin, dass es im Theater nicht nur um Spaß geht, sondern auch strenge Regeln zur Tagesordnung gehören.

So lernen alle Ensemblemitglieder – ob geflüchtet oder nicht – **Grundwerte** wie Respekt und Akzeptanz ganz nebenbei.

Thema	Miteinander Perspektiven schaffen
Datum	10.02.2017
Ort	AlarmTheater Bielefeld
Expert_innen	> Christina Kampmann / Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen > Ansgar Brinkmann / ehemaliger Fußballprofi > Dietlind Budde / Künstlerische Leitung, AlarmTheater > Leshker Bertho / Geflüchteter aus Syrien, AlarmTheater > Mohammad al Delli / Geflüchteter aus Syrien, AlarmTheater > Mohammad Osman / Geflüchteter aus Syrien, AlarmTheater



Miteinander
*Perspektiven
 schaffen*
 in **NRW**
 /Bielefeld

»Diese Menschen **bereichern
 unser Leben** und müssen
 unterstützt werden.«

Ansgar Brinkmann
 ehemaliger Fußballprofi



Impressum

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro NRW
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
E-Mail: landesbuero-nrw@fes.de

Copyright

Fotos der Veranstaltung auf den Seiten 5 / 9 / 17 / 19 / 21 / 25 / 27 / 29 / 33: FES / Gerd P. Müller
Fotos der Veranstaltung auf den Seiten 7 / 11 / 23: FES / Kornelia Danetzki
Foto auf Seite 12: MBWSV / Ralph Sondermann
Alle anderen Fotos: Thinkstock

Textzusammenfassungen erstellt von: Valerie Lange
Redaktionelle Überarbeitung: Martin Pfafferott
Design: Petra Bähner / www.petrabaehner.de



